

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	9/2018
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25. September 2018
Zeit:	19:00 Uhr – 22:55 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Dr. Rothe und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Kaltschmidt, Oppelt (ab 21:25 Uhr) Stadträte Ch. Rupp und K. Rupp</p> <p><u>SPD</u> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Bergsträsser, Berroth, Schimpf, Hertel und Keller</p> <p><u>Grüne</u> Stadträtin Seidelmann, Stadträte Schmitz, Katzenstein (ab 21:50 Uhr) und Schwenk</p>
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann (Dilsberg); Frau Henkel (FB 2); Herr Möhrle (FB 3); Herr Dr. Scheffczyk (FB 5); Herr Ansorge und Frau Lutz (FB 6); Herren Robens und Reinhard (beide Kreisforstamt, zu TOP 4); Herr Christoph Jung, Frau Deubel (FIRU Forschungs- und Informationsgesellschaft mbH, Kaiserslautern) zu TOP 5; Herr Hoffmann (Hoffmann Haus) und Frau Mulfinger (BIT Ingenieure Öhringen) zu TOP 6; Herr Häuser (Schmitt + Häuser Wirtschaftsberatung GmbH Nordheim) zu TOP 8
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Harant, von Reumont und Groesser
Urkundspersonen:	Stadträtin Betke-Hermann, Stadtrat Rehberger
Sachvortrag:	Herren Robens und Reinhard (zu TOP 4); Herr Jung (zu TOP 5); Frau Mulfinger (zu TOP 6). Herr Häuser (zu TOP 8)
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Ein Mückenlocher Ortschaftsrat nimmt Bezug auf die für dieses Jahr im städtischen Haushalt bereitgestellten Mittel für Maßnahmen in Mückenloch, z.B. die WC-Sanierung Rathaus und Kirchberghalle, das Urnengräberfeld, die Erschließung des Haager Feldes. Es sei nichts umgesetzt worden, aber für Feste in Neckargemünd würden 175.000 Euro im Jahr bereit stehen. Sei Mückenloch „abgeschlossen“?

Der Bürgermeister antwortet, es seien durchaus Maßnahmen in Mückenloch umgesetzt worden, z. B. gehe man das Thema Starkregen an. Die Toiletten seien noch nicht fertig gestellt. Das größte drückende Problem sei zurzeit die Erschließung des Haager Feldes. Dieses Jahr habe die Verwaltung aufgrund zum Teil längerer Krankheitsfälle nicht so weit vorankommen können wie gewünscht. Bezüglich des Haager Feldes sei man vom Fachplaner abhängig, denn das Thema Entwässerung müsse vorab gelöst werden. Nach derzeitigen Schätzungen betragen die Kosten für die Entwässerung des Geländes rund 5 Mio Euro – bei einer solchen Größenordnung müsse man eine Investition hinsichtlich des Nutzens hinterfragen. Auch sei ein Betrag von 200 – 250 € / qm sei besonders für die angedachte Zielgruppe zu viel. Inzwischen hätten sich jedoch auch einige interessante Alternativvorschläge ergeben. Grundsätzlich bestehen Probleme wegen der Bodenverhältnisse. Man sei im Gespräch mit dem Landratsamt, und gebe insgesamt der Gründlichkeit und Möglichkeit der Umsetzung Vorrang vor der Schnelligkeit. Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten den Wunsch, das Baugebiet zu realisieren, der Ortsvorsteher werde stets über die Entwicklungen informiert. Insgesamt arbeite die Stadt zurzeit an vielen Themen, die die Ortsteile betreffen.

Der Ortschaftsrat bemängelt weiterhin den schlechten Zustand von Straßen und Gehwegen in Mückenloch.

Der Bürgermeister räumt ein, dass es in der gesamten Stadt Nachholbedarf beim Straßenbelag gebe. Eigentlich müsste man jedes Jahr rund 2 km Straße sanieren, habe aber nur Geld für 500 m. Er sagt zu, die Anfrage an das Tiefbauamt weiterzugeben, zwecks Prüfung und ggf. Einarbeitung in die Prioritätenliste. Frau Lutz ergänzt, dass ein entsprechender Auftrag möglicherweise schon erteilt sei.

Ein Neckargemünder Bürger spricht zum Thema Gewerbesteuerplanung und erinnert an eine Anfrage aus der vergangenen Sitzung. Er habe sich erkundigt – Großmärkte zahlen nur dann in einer Kommune, die nicht deren Sitz ist, Gewerbesteuer, wenn die Märkte an Pächter vergeben sind. Sei unter diesem Aspekt die Ansiedlung eines 7. Großmarktes sinnvoll? Gebe es ein strategisches Stadtentwicklungskonzept, das auch ein Investitionsprogramm enthalte, eine neue Marktpositionierung?

Der Bürgermeister antwortet, in den Jahren 2015 und 2016 habe die Bürgerschaft ein Stadtleitbild entwickelt, einsehbar auf der städtischen Homepage, nach dem sich der Gemeinderat richte. Auch Großkonzerne zahlen in Neckargemünd Gewerbesteuer, allerdings verhältnismäßig wenig; abhängig von den Personalzahlen. Beim neuen Edeka am Tunnel habe man Wert darauf gelegt, dass kein Edeka-Regiemarkt komme, sondern der Markt von einem lokalen Mittelständler betrieben werde. Für den Rewe-Markt Kleingemünd – Rewe eröffne nur Eigenregiemärkte – habe man über einen Grundstückstausch ein Modell umgesetzt, nach dem man Mieterträge etwa in der Höhe einer Gewerbesteuereinnahme erzielt. Er ergänzt, in diesem Jahr sehe die Gewerbesteuer in Neckargemünd gut aus, sie verstetige sich, da viele mittlere Unternehmen Gewerbesteuer zahlen.

Ein Mückenlocher Bürger kritisiert, dass die Erweiterung des Kindergartens Mückenloch schon seit drei Jahren anstehe, aber noch nicht realisiert sei. Er wirft der Verwaltung „Verzögerungstaktik“ vor.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt nicht Bauherr ist, sondern der Umbau Aufgabe der evangelischen Kirchengemeinde Mückenloch sei. Er geht kurz auf die Historie der Umbaupläne ein; zuletzt habe die Kirche die Umbaukosten für die defekte Heizung mit 377.000 € (ursprünglich: 153.000 €!) geschätzt und mitgeteilt, dass sie die Ausgaben nicht stemmen könne. Die Stadt könne, auch wenn es weh tut, einer fremden Organisation kein Gebäude sanieren. Man habe sich daher darauf geeinigt, dass die Kirche das Gebäude an die Stadt verkauft, die Stadt erlange somit Planungshoheit. Inzwischen habe man eine Architektin mit der Neubepanung beauftragt, denn der Umbau nach der vorliegenden Baugenehmigung sei für die Stadt nicht zahlbar. Man sei guter Dinge, dass die Maßnahme in den nächsten 12 Monaten geschafft werden könne. Die Verwaltung wolle für das Wohl der nachfolgenden Generationen kämpfen, und arbeite mit Hochdruck daran, die aktuell stadtweit fehlenden Kindergartenplätze anzubieten.

Der Bürger fragt weiter, ob es im Gemeinderat ein Kontrollgremium zur Überprüfung der Ansätze und deren Realisierung gebe. Der Bürgermeister antwortet, der gesamte Gemeinderat nehme diese Aufgabe wahr. Die Realisierung hänge einerseits von dem ab, was die Verwaltung stemmen könne, und andererseits davon, was die ausführenden Baufirmen umsetzen können. Zurzeit gebe es überall volle Auftragsbücher, und man habe grundsätzlich Schwierigkeiten, geeignete Unternehmen zu annehmbaren Preisen zu finden.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 8/2018 vom 17. Juli 2018**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von einer Urkundsperson unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Unterschrift der anderen, für die heutige Sitzung entschuldigten Urkundsperson ist noch einzuholen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 8 vom 17. Juli 2018 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Fachbereichs 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

-

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 9 vom 6. September 2018 gefassten Beschlusses**3.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt den Beschluss der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Fachbereichs 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Er ergänzt, inzwischen habe er mit Herrn Dr. Scheffczyk das Lagergebäude von innen besichtigt. Die Gebäudesubstanz sei gut, das Gebäude weitgehend leer. Der Kauf werde nun in die Wege geleitet.

3.2: **Beratung:**

-

3.3: **Beschluss:**

-

4: **Waldhaushalt 2019**4.1: **Sachvortrag:**

Die Tischvorlage des FB 3 – Finanzen - ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister weist auf den Ansatz von 50.000 € zur Ertüchtigung der Neckarriedkopfhütte hin. Die Verwaltung, von der der Ansatz komme, habe überlegt, ob dieser Ansatz in den städtischen oder den Waldhaushalt gehöre, und sich für letzteres entschieden. Hintergrund: der Neckarsteig sei dieses Jahr als schönster Wanderweg Deutschlands ausgezeichnet worden. Man könne die am Neckarsteig gelegene Neckarriedkopfhütte zu einer richtigen, bewirtschafteten Wanderhütte ertüchtigen. Bereits vor 2 Jahren habe man einen ersten Vorstoß in dieser Richtung gemacht, allerdings habe das Landratsamt zu hohe Hürden bezüglich der Infrastruktur gestellt. Jetzt, nach Erhalt der Auszeichnung, wolle der Kreis bei der Genehmigung der Stadt entgegenkommen.

Anschließend erläutert Herr Robens den gegenwärtigen Stand der Waldbewirtschaftung anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigegeben wird. Er erklärt den diesjährigen Holzeinschlag, der geringer ist als im Plan vorgesehen: es war ein sehr nasser Winter, nahezu jeden Tag habe es geregnet. Dies habe die Waldböden stark aufgeweicht. Beim Rücken der Bäume hätte man hohe Bodenschäden riskiert. Insgesamt habe man 6 % außerplanmäßige Ernten zu verzeichnen (aufgrund Sturm, Trockenheitseinwirkungen an der Buche). Die Ausgaben liegen etwas höher als die Einnahmen; im Ergebnis ca. 5.000 € schlechter als prognostiziert. Dies sei vor allem

begründet durch den Verkehrssicherungshieb, der aufgrund von Schäden an den Eschen (Pilzerkrankung Eschentriebsterben) erforderlich gewesen sei. In der letzten Dekade habe man ein positives Betriebsergebnis eingefahren, erwarte nun wieder ein negatives. Dies liege an mehreren Gründen: dem strukturellen Problem mit dem älteren Personal, das nicht mehr so leistungsfähig sei, was auch zu externen Vergaben führe; dem inzwischen eingeführten Alt- und Totholzkonzept, dem schwierigen Holzverkauf, erhöhten Kosten für Wildschadensverhütung und Verkehrssicherungshiebe sowie kostenintensive Pflegearbeiten. Herr Robens geht insbesondere auf die Klimaentwicklung, insbesondere die Steigerung der Durchschnittstemperaturen ein, die in diesem Jahr außergewöhnlich gewesen war: 2018 von April bis September rund 3,7 % höher als im bisherigen langjährigen Mittel, dazu erschwerend geringer Niederschlag. Aufgrund es extrem trockenen, niederschlagsarmen Jahres hätten die Borkenkäfer leichtes Spiel gehabt. Die Fichtenbestände seien stark betroffen. Glücklicherweise habe Neckargemünd einen sehr schön gemischten, strukturierten Wald, sei daher mit seinem geringen Fichtenbestand von ca. 9% nicht so stark betroffen. In diesem Jahr werden die Einschlagszahlen aus dem Plan voraussichtlich erreicht, allerdings haben die zufälligen Nutzungen (insges. 20 % der Einschläge, aufgrund Sturm, Borkenkäfer, Trockenheitserscheinungen) sehr zu schaffen gemacht. Auch der Holzverkauf laufe schlecht, da das Borkenkäferholz der Region auf einen schon gesättigten Markt stoße (Sturmschäden in Mitteldeutschland).

Herr Reinhard erläutert im Anschluss die Planungen für 2019. Für kommendes Jahr sei ein höherer Einschlag geplant: ein höherer Hieb im Gelände hinter dem Reha-Zentrum. Allerdings handle es sich nicht um teures Holz. Insgesamt stehen die Nadelholzpreise unter Druck. Nachdem dies die Haupteinnahmequelle der Waldwirtschaft ist, leidet die Einnahmesituation darunter. Retten würde ein besserer Holzmarkt und ein höherer Einschlag, aber beides lässt sich nicht machen. An Investitionen habe man unter anderem eine Verbesserung des Fahrradweges nach Waldhilsbach in den Haushalt genommen, wisse aber nicht, wie aktuell dies noch sei.

3.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister dankt den beiden Forstleuten für ihr Engagement und ihre hervorragende Arbeit. Der Gemeinderat sei froh darüber, dass im Neckargemünder Stadtwald die Nachhaltigkeit gelebt werde.

Auch in den Wortbeiträgen der Fraktionssprecher (Stadträte Rehberger, Kaltschmidt, Schimpf und Seidelmann) kommt der gleiche Dank zum Ausdruck. Ebenso sprechen sich alle Fraktionen grundsätzlich positiv für die vorgeschlagene Ertüchtigung der Neckarriedkopfhütte aus.

Stadtrat Rehberger bedauert, dass man in den kommenden Jahren immer mehr Geld aus dem Stadtsäckel für den Unterhalt des Waldes werde aufwenden müssen. Es sei wichtig, den Mischwald zu erhalten. Für die Aufwendungen erhalte man einen nachhaltigen, schönen Wald, der auch seiner Erholungs- und Touristikfunktion gerecht wird. Man müsse in langfristigen Zeiträumen von 50 – 60 Jahren denken.

Zusätzlich fragt Stadtrat Rehberger nach den Irritationen, die es in den letzten Jahren zwischen Forst und Bundeskartellamt gegeben habe – sei das inzwischen geklärt? Bezüglich der Neckarriedkopfhütte hätte er es bevorzugt, wenn diese im städtischen Haushalt hätte geführt werden können. Vor einer Geldausgabe möchten die Freien

Wähler, dass die Maßnahme nochmals im Gemeinderat vorgetragen werde und dann entsprechend Beschluss gefasst werde.

Herr Robens erklärt: im Laufe des Jahres habe der Bundesgerichtshof im Rechtsstreit das Bundeskartellamt aufgrund von formalen Kriterien in seine Schranken gewiesen. Das Gerichtsverfahren darf also nicht weitergeführt werden. Zwischenzeitlich habe es eine Novelle des Bundeswaldgesetzes mit Änderungen bezüglich der Vergaben gegeben. Es hätten sich neue Möglichkeiten aufgetan, dass das Forstamt im Rahmen eines Kooperationsmodells den Gemeinden erneut Dienstleistungen anbieten kann. So könnten die Kommunen nach wie vor die gleichen Betreuungsleistungen wie bisher (etwa Revierleitung, forsttechnische Betriebsleitung) in Anspruch nehmen. Der Staatswald werde aus dem Einheitsforstamt herausgelöst. Der Holzverkauf müsse aber von einer anderen Organisation ausgeführt werden. – In einer Arbeitsgruppe der Bürgermeister solle beraten werden, ob die Gemeinden sich vorstellen können, an diesem Kooperationsmodell teilzunehmen, das kaum Änderungen der bisherigen Übung darstellt. Der Bürgermeister ergänzt, dass das Gremium informiert werde, sobald Maßnahmen spruchreif werden.

Stadträtin Kaltschmidt fragt, ob es einen Zeitrahmen für die Ertüchtigung der Waldwege gebe, sobald die großen Maschinen wieder weg seien.

Herr Reinhard antwortet, dass dies innerhalb eines halben Jahres passieren solle.

Stadtrat Schimpf möchte wissen, ob das Neckargemünder Holz immer noch nach China exportiert werde. Herr Robens bestätigt das und antwortet, beim Exportholz handle es sich um Buchenstammholz. Bezüglich des Fichten-Käferholzes werde nach Möglichkeiten gesucht, etwas in den Export zu bringen, um den heimischen Markt zu entlasten.

Stadträtin Seidelmann spricht den Fahrradweg an: die Planungen für das Neckargemünder Fahrradkonzept stehen noch aus. Sie schlägt daher vor, die Mittel als Puffer im Haushalt zu belassen. Zusätzlich erkundigt sie sich, welche Baumarten im Hinblick auf den Klimawandel geeignet sein werden.

Herr Robens antwortet, das Eschentriebsterben habe nichts mit dem Klimawandel zu tun. Die Esche falle derzeit aufgrund dieses aus Ostasien eingeschleppten Pilzes in großem Umfang aus.

Herr Reinhard ergänzt, um dem Klimawandel zu begegnen, sei das bisherige Konzept, möglichst breit aufgestellt zu sein, um bei Problemen einzelner Baumarten nicht alles zu verlieren, nach wie vor am besten sei. Zusätzlich solle man die Fichte eher zurücknehmen, stattdessen auf Douglasien setzen.

Stadtrat Fritsch interessiert, ob man für Maßnahmen wie Sinnenpfad, Radweg Zuschüsse erhalten kann.

Herr Robens antwortet, man könne versuchen, über den Naturpark Neckartal Odenwald projektbezogen etwas zu erreichen, grundsätzlich erlange man jedoch nur sehr schwer Fördermittel.

Stadtrat Fritsch fragt weiter, wieviel Waldarbeiter Neckargemünd habe.

Herr Reinhard antwortet: zwei, die zum überwiegenden Teil im Neckargemünder Wald arbeiten.

Stadtrat Fritsch möchte wissen, inwieweit die Tierwelt die Douglasie angenommen haben, die ja ein Migrationsbaum sei.

Herr Robens antwortet, dass darin zahlreiche Insekten und Vögel leben. Die Baumart habe es früher auch in Europa gegeben, sie sei nur durch die Eiszeit bei uns verloren gegangen und werde nun reimportiert.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt einstimmig zu:

Verwaltungshaushalt

1.8550 Einnahmen	Betrag in EUR
130000 Einnahmen aus Verkauf	341.900
130200 Sonstige Holzverkäufe	500
159000 Vermischte Einnahmen	4.500
159001 Vermischte Einnahmen mit Steuer	2.500
171000 Zuweisungen vom Land	0
277000 Auflösung von Zuweisungen u. Zuschüssen	0
Einnahmen Verwaltungshaushalt	349.400

1.8550 Ausgaben	
400000 Personalausgaben	136.700
500000 Unterhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen	0
510000 Ernte von Forsterzeugnissen	171.800
511000 Kulturen	8.600
512000 Forstschutz	5.700
513000 Bestandspflege	1.500
514000 Erschließung	18.000
515000 Sozialfunktion	4.000
516000 Waldarbeiterbez. Aufwand	2.000
521000 Maschinen und Fuhrpark	8.600
546000 Steuern, Abgaben, Versicherungen	11.000
560000 Waldarbeiterbezogener Aufwand	2.000
638000 Bürgergabholz	300
652100 Telefon- und Datenkommunikationskosten	300
674000 Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	42.900
680000 Abschreibungen	8.000
685000 Verzinsung des Anlagekapitals	372.400
Ausgaben Verwaltungshaushalt	793.800

Vermögenshaushalt

2.8550 Ausgaben	
953300 Waldwegebau	17.000
940000 Baumaßnahmen / Neckarriedkopfhütte	50.000
Ausgaben Vermögenshaushalt	67.000

- 5: **Südöstliche Ortserweiterung – VI. Teiländerung im vereinfachten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a Baugesetzbuch im Bereich Wiesenbacher Str. 7 / Alter Postweg**
 - **Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Jung erläutert die Vorlage und fasst zusammen, dass insgesamt 23 Stellungnahmen eingegangen seien, davon zwei aus der Bevölkerung. Er weist das Gremium insbesondere auf die Ausführungen zu den Stellungnahmen Nr. 7, Nr. 10 und Nr. 12 hin. Insgesamt sei festzustellen, dass keine Stellungnahmen eingegangen seien, die sich immens gegen das Verfahren stellen; verschiedene Anregungen werden berücksichtigt.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf ist aufgefallen, dass die Schallbelastung abends stärker ist als tagsüber, vor allem bedingt durch die langen Güterzüge. Es habe geheißen, die Bahn würde leiseres Wagenmaterial anschaffen; sei das schon geschehen?

Herr Jung antwortet, ihm sei auch nichts Weiteres bekannt.

Der Bürgermeister ergänzt, die Gemeinde habe hinsichtlich des Schienenlärms keine Einfluss auf die Bahn.

Stadtrat Ch. Rupp zeigt sich zufrieden, dass man einen weiteren Schritt zur Umsetzung mache.

Stadtrat Schmitz signalisiert, die Grünen würden gerne zustimmen, jedoch habe sich noch eine Frage ergeben, zum Punkt 4 der Bürgeranregung „Bepflanzung“, bei dem auf Punkt 8 verwiesen werde: „Pro Grundstück solle ein Baum und 1 Strauch gepflanzt werden“. Wie müsse man das verstehen? Ihm sei nicht ganz klar, was unter „ortsübliche Begrünung“ zu verstehen sei. Herr Jung antwortet, es handle sich um einen angebotsorientierten Bebauungsplan; das städtebauliche Konzept sei auch maßgeblich und Grundlage. Die Festsetzung sei ein Mindestmaß, das man in der Umsetzung noch übertreffen könne. Es bestehe hinsichtlich der gärtnerischen Anlegung noch eine größer Bandbreite. Frau Deubel ergänzt, es sei geplant, pro Wohneinheit einen Baum und einen Strauch zu pflanzen; auch bleibe die Hecke am Postweg erhalten.

Stadtrat Rehberger berichtet, die Freien Wähler seien froh, dass heute der Satzungsbeschluss gefasst werden könne, und dass das brachliegende ehemalige Kleingewerbe-Gelände in Wohnraum umgewandelt werde. Für etwas anderes gebe es keine Möglichkeit.

Stadtrat Fritsch bringt vor, dass eine Privatstraße von der Wiesenbacher Straße zum Alten Postweg führe. Er vermutet, dass die Schüler die Privatstraße nutzen werden, um die Ampel zu umgehen, und regt an, dort eine Schranke o.ä. anzubringen, um den Abkürzungsverkehr zu verhindern.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat trifft die folgenden Beschlüsse jeweils einstimmig:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des Bebauungsplans abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Anlage berücksichtigt.
2. Der Bebauungsplan **Südöstliche Ortserweiterung – VI. Teiländerung** in der Fassung vom 15.08.2018 wird nach § 10 BauGB i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 15.08.2018 werden nach § 74 LBO Baden-Württemberg i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

Vor Aufruf des nächsten TOP verlässt Stadtrat Wachert wegen Befangenheit den Sitzungstisch und nimmt im Zuschauerraum Platz.

6: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Neckarsteinacher Straße 12“ im Kleingemünd - Aufstellungsbeschluss**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein.

Anschließend erläutert Frau Mulfinger den Bebauungsplanentwurf anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger erinnert daran, im Gemeinderat sei man einig gewesen, dass man mehrheitlich das Projekt so wie vorgetragen wünsche. Dass nun ein Bebauungsplan verlangt werde, bringe für die Zukunft eine gewisse rechtliche Sicherheit für den Bauherrn und die Verwaltung. Er erinnert daran, dass nach der ersten Planung das Projekt gemeinsam mit dem Bauherrn, der sich sehr kooperativ gezeigt habe, optimiert wurde. Man solle es heute auf den Weg bringen. Er möchte wissen, wie lange das Verfahren ungefähr dauern werde, d.h. wann man mit dem ersten Spatenstich rechnen könne.

Frau Mulfinger erläutert die Zeitplanung: in der November-Sitzung könnte der Entwurf vorgestellt werden, von Anfang Dezember bis Mitte Januar die Offenlage stattfinden. Sofern keine größeren Stellungnahmen eingehen, könnte im Februar 2019 der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Stadtrat Keller möchte wissen, ob das Landratsamt anschließend nochmals beteiligt werden müsse.

Frau Mulfinger verweist diesbezüglich auf die Anhörung der Träger öffentlicher Belange; hier gebe es die Möglichkeit für das Landratsamt, seine Auffassung darzulegen.

Stadtrat Ch. Rupp signalisiert seitens der CDU Zustimmung zu dem Bauprojekt; man habe sehr gut mit dem Investor zusammengearbeitet und hätte eigentlich keinen Bebauungsplan gebraucht.

Stadtrat Schimpf weist darauf hin, dass als Schallquellen die Bundesstraße und die Tankstellen genannt sind, nicht jedoch die Fluss-Schifffahrt.

Frau Mulfinger versichert, auch diese sei im Fokus der Gutachter, ebenso wie die Bahnlinie.

Stadtrat Schmitz spricht die Energieversorgung an. Die Grünen fänden positiv, wenn im Bebauungsplan berücksichtigt würde, dass die entstehenden Gebäude durch die existierende Nahwärmeversorgung abgedeckt würden. Welche Überlegungen gäbe es dazu? Der Investor müsse ja einen gewissen Anteil erneuerbare Energien einsetzen. Es gebe auch ein gewisses städtisches Interesse, das Nahwärmeheizwerk entsprechend auszulasten.

Herr Hoffmann antwortet, er sei in Verhandlungen mit dem Nahversorger. Es liegen aber keine Leitungen, diese müssten speziell über zwei Straßen und Privatgelände hinweg für das Objekt angelegt werden, was das Projekt evtl. zu teuer werden lasse. Man sei aber weiterhin im Gespräch und überlege auch, ob ggf. im Objekt selbst Nahwärme realisiert werden könne.

Der Bürgermeister klinkt sich ein und sagt zu, sich in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Neckargemünd GmbH einzubringen, evtl. eine andere Trassenführung zu prüfen.

Stadtrat Berroth ist verwundert, dass auf dem Gelände Artenschutzuntersuchungen angestrengt werden müssen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat trifft einstimmig folgenden Beschluss: Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Neckarsteinacher Straße 12“ wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a i. V. m. § 2 Abs. 1 Bau GB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt.

Nach Abschluss des TOPs kehrt Stadtrat Wachert an den Verhandlungstisch zurück.

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadträtin Streib wegen Befangenheit den Sitzungstisch und nimmt im Zuschauerraum Platz.

7: **Neuordnung Ortsentwässerung Kümmelbachstraße – Vergabe der Bauleistungen**
- **Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 43 Abs. 4 GemO**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger berichtet, von Anwohnern gehört zu haben, dass die Stadtwerke sich an die Maßnahme anschließen wollten und dort eine Wasserleitung legen.

Frau Lutz antwortet, wenn dies zutreffe, werde es dennoch die Maßnahme nicht verzögern. Diese würde dieses Jahr noch realisiert. Allerdings verfügt die Stadtverwaltung zurzeit über keine weiteren Informationen seitens der Stadtwerke.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 43 Abs. 4 GemO Baden-Württemberg zur Vergabe der Neuordnung der Ortsentwässerung Kümmebachstraße zur Kenntnis.

21:25 Uhr, Stadträtin Oppelt kommt zur Sitzung.

Nach Abschluss des TOPs kehrt Stadträtin Streib wieder an den Sitzungstisch zurück.

8: **Globalberechnung der Kanal- und Klärbeiträge 2018**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Stadt jährlich von der GPA aufgefordert worden sei, die inzwischen 21 Jahre alte Globalberechnung neu durchzuführen.

Anschließend stellt Herr Häuser sein Unternehmen kurz vor und erläutert die Vorgehensweise bei der Globalberechnung. Diese bestehe aus 2 Teilen, der Kosten- und der Flächenseite. Üblicherweise fange man bei der Berechnung mit der Flächenseite an, nehme sich anschließend die Kosten vor. Aufgabe der Globalberechnung sei es, die Obergrenze für die Kanal- und Klärbeiträge zu ermitteln, wobei die Beträge üblicherweise abgerundet werden, um einen Puffer für spätere Entwicklungen zu haben (so dass nicht schon nach kurzer Zeit eine neue Globalberechnung notwendig wird). Er stellt die Details der Globalberechnung anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigegeben wird.

8.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister fragt, wann der Kanal- bzw. Klärbeitrag erhoben werde.

Herr Häuser antwortet, dass die Beiträge in die Satzungen eingearbeitet werden müssen. Sie fließen dann in die Beitragsbescheide ein, wenn ein Grundstück angeschlossen wird, oder sie sind Grundlage in einem Erschließungsvertrag. Indirekt habe sie auch Auswirkung auf die Abwassergebühren.

Stadtrat Rehberger stellt zwei Fragen, die direkt von Herrn Häuser beantwortet werden (Antworten *kursiv gedruckt*):

- 1) Wann sollte die nächste Globalberechnung stattfinden? - *Die Globalberechnung hat keinen Zeitpunkt, zu dem sie abläuft. Es gilt allerdings gewisse Grundsätze einzuhalten. Da die Berechnung viele Prognosen enthält, halte man sich in der Regel an die Geltungsdauer eines Flächennutzungsplanes, d.h. ca. 10 Jahre. Die Verwaltung sollte alle 5 Jahre prüfen, ob die getroffenen Prognosen eingetroffen sind.*
- 2) Was versteht man unter „Nutzungsfläche“? –*Hier verweist Herr Häuser auf Spalte 14 der Legende; die Grundstücksfläche werde mit einem Nutzungsfaktor multipli-*

ziert (z.B. eingeschossig : Multiplikation mit Faktor 1,0; zweigeschossig: Multiplikation mit Faktor 1,25). Hier wird die Mehrnutzungsmöglichkeit eines weiteren Geschosses in den Beitrag einbezogen.

Stadtrat Schmitz ist erfreut, dass der Vortrag von Herrn Häuser einiges erklärt habe. Die Grünen hätten zunächst gedacht, dass unter „anschlussfähige Fläche“ die versiegelte Fläche zu verstehen sei.

Herr Häuser führt aus, sein Unternehmen sei zurzeit damit beschäftigt, auch die Abwassergebühren für Neckargemünd neu zu kalkulieren. Die Thematik Schmutz- und Regenwasser spiele bei den Kanal- und Klärbeiträgen keine Rolle. Beim Beitrag werde für die Anschlussmöglichkeit gezahlt, bei der Gebühr die Nutzung der öffentlichen Einrichtung.

21:50 Uhr; im Verlauf dieser Ausführungen kommt Stadtrat Katzenstein zur Sitzung.

Stadtrat Keller möchte wissen, wie die Refinanzierung der erstmaligen Kanalherstellung (wie z.B. in der Kümmebachstraße) zustande kommt.

Herr Häuser erklärt: zu einem kleineren Teil durch die Beitragseinnahmen, der Rest über die Anlagebuchhaltung (Abschreibung, Verzinsung) über die Gebühren. Ein einmaliger Beitrag wirke sich gebührenmindernd aus, er senkt die Abwasserkosten jeden Monat.

Nach Abschluss der Rednerliste stellt der Bürgermeister zunächst zur Abstimmung, ob über die 3 Seiten Textteil einzeln oder en bloc abgestimmt werden soll. Zur Frage „einzeln“ gibt es keine Ja- Stimmen, also ist die en bloc-Abstimmung beschlossen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt jeweils einstimmig:

- 1) Der Abwasserbeitrag wird wie bisher in einheitlichen Teilbeiträgen (Kanal- und Klärbeitrag) festgesetzt und erhoben.
- 2) Die dem Gemeinderat vorliegende Globalberechnung vom Juli 2018 wird mit ihrem gesamten Inhalt so beschlossen. Insbesondere werden die auf Seite 47 – 49 enthaltenen Ermessens- und Prognoseentscheidungen getroffen.
- 3) Der Abwasserbeitrag wird in der Abwassersatzung zum Stichtag 01.01.2019 wie folgt festgesetzt:

Teilbeträge für den öffentlichen Abwasserkanal 4,80 €/qm Nutzungsfläche
mechanischen und biologischen Teil der Kläranlage 1,00 /qm
Nutzungsfläche

Weitere Teilbeträge bleiben vorbehalten.

Die Änderung der Satzung erfolgt mit separatem Beschluss.

9: **Betrieb der RNV-Buslinien 34 und 35 im Linienbündel Heidelberg**
Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2018 - 2021

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit / Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und erläutert die Vorlage. Insbesondere sei es wichtig, die Verhandlungsposition der Stadt im Hinblick auf die im nächsten Jahr beginnenden Vorbereitungen zur Neuvergabe zu stärken. Es gelte, deutlich zu machen, dass es künftig ein Miteinander mit mehr Transparenz geben müsse. Möglichkeit eines stillen Protests – denn die Linie 35 könne man im Interesse der Bürgerschaft, und auch aus Solidarität gegenüber der von der Linie 34 angebotenen Gemeinden – nicht riskieren – könnte eine komplette Enthaltung aller Gemeinderäte sein. Er selbst sei dann bereit, die einzige Ja-Stimme abzugeben.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger signalisiert Einverständnis mit den Ausführungen des Bürgermeisters. Früher sei der 35er-Bus ohne finanzielle Beteiligung der Gemeinden gefahren, nun werde dies nach und nach zurückgenommen. Es müsste möglich sein, eine faire Kalkulation vorzulegen. Es stelle sich die Frage, wenn die Kalkulation nicht herausgegeben werde, ob mit der Buslinie 35 nicht so gut funktionierende Linien subventioniert werden. In jedem Falle könne man der Vorlage nicht zustimmen, die FW werden sich enthalten. Auch sei anzumerken, dass die Fahrpreise im Verhältnis zu teuer sind.

Stadtrat Ch. Rupp kündigt ebenfalls die Enthaltung der CDU-Räte an. Auch er moniert die hohen Fahrpreise. Es sei nicht nachvollziehbar, woher die ständigen Erhöhungen kommen.

Stadtrat Hertel räumt ein, dass die Linie 35 für die SRH und die Gesamtstadt sehr wichtig ist. Inzwischen werden, folge man den wenigen vorgelegten Zahlen, fast 30 % der Kosten durch die Kommunen gezahlt. Die Zuschüsse erhöhen sich nicht, die Fahrgastzahlen seien sogar rückläufig. Neckargemünd leide noch zusätzlich an der eingeschobenen Wabe ab Karlstor. Man sei erpressbar, da man den Bus brauche. Wichtig sei, bei der Neuausschreibung entsprechend aufzutreten.

Stadtrat Katzenstein betont, den Grünen sei der ÖPNV sehr wichtig, und es falle schwer, der Vorlage nicht zuzustimmen, dennoch werde man es tun. Wichtig sei die Klärung der Frage, warum die Fahrgastzahlen zurückgegangen sind, und wie sich insgesamt die Kosten entwickeln. Die Verbraucherpreise seien allgemein um rund 13 % gestiegen, die Fahrpreise jedoch rund 40%. Er merkt an, dass das Land Baden-Württemberg hier etwas dagegen steuern wolle, indem es mit dem BW-Tarif verbundübergreifende Tickets anbieten werde.

Stadtrat Wachert interessiert, was passieren würde, wenn die Stadt den Beitritt zur Finanzierungsvereinbarung ablehnt.

Der Bürgermeister antwortet, der Vertrag habe bestimmte Kündigungsfristen. Die RNV könne den Vertrag von sich aus kündigen. Er rate nicht dazu, so etwas zu riskieren. Dies wäre ein falsches Signal an die ÖPNV-Nutzer, denn man sollte generell zum Umstieg auf den ÖPNV motivieren. Allerdings müsse man beachten, dass nicht die

Stadt Vertragspartner der RNV ist, sondern der Rhein-Neckar-Kreis. Er zeigt sich zuversichtlich, dass man in der nächsten Vergabeperiode hinsichtlich der Vorlage einer Kalkulation besser behandelt werde.

Stadtrat Fritsch macht den Vorschlag, Elektrobusse für die Fahrten nach Neckargemünd einzusetzen.

Der Bürgermeister antwortet, wäre dies geplant und somit der Einstieg in die Elektromobilität erfolgt, wäre das eine gute Begründung für die Kostensteigerung gewesen.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zu den Kostensteigerungen in der Hälfte der Laufzeit des Linienbündels Heidelberg 2014 – 2021 zur Kenntnis.

Der Gemeinderat ermächtigt den Bürgermeister mit einer Ja-Stimme, Rest Enthaltungen, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rhein-Neckar-Kreis zur Übernahme der Ausgleichszahlungen in Höhe des vorgelegten Angebotes von 1,11 € pro Fahrplankilometer für die Jahre 2018 – 2021 zu unterzeichnen.

10: **Mitteilungen und Anfragen**

10.1: **Rechtsstreit Schulbrand / Architekt :**

Der Bürgermeister trägt vor, dass der Rechtsstreit rechtskräftig erledigt sei. Die Schadenersatzzahlung von 530.000 € sei bei der Stadt eingegangen.

10.2: **„Lore-Kirchhofer-Stiftung“ - Stiftungsgründung**

Der Bürgermeister berichtet, in Neckargemünd sei eine weitere wohltätige Stiftung gegründet worden, die „Lore-Kirchhofer-Stiftung“. Frau Kirchhofer sei eine jahrelange Mitarbeiterin der Sparkasse gewesen. Die Stadt sei durch den Bürgermeister als Beirat im Stiftungsrat vertreten, Testamentsvollstrecker sei Rechtsanwalt Platz. Der Stiftungszweck sei ähnlich wie bei der Hanna-Weis-Stiftung; das Stiftungsvermögen betrage 1,6 Mio €. Die Stiftung (Anschrift: Rechtsanwalt Platz) nehme Förderanträge entgegen.

10.3: **Fotowettbewerb „Mobilität“**

Der Bürgermeister verweist darauf, dass am kommenden Sonntag die Auszeichnung der Sieger beim Herbstmarkt stattfinden solle; bis jetzt hätten jedoch nur 8 Stadträte ihr Votum abgegeben. Er bittet um weitere Beteiligung.

10.4: **Fernseh-Städtequiz „Stadt Land Quiz“:**

Der Bürgermeister appelliert an alle, beim Mitraten zu helfen und damit der Kandidatur der Stadt zum Erfolg zu verhelfen. Es gilt einen Bildausschnitt aus Neckargemünd sowie ein Foto einer Gemeinde aus Baden-Württemberg zu erkennen.

10.5: **Solarpark Mückenloch - Sachstand**

Stadtrat Bergsträsser erkundigt sich nach Neuigkeiten. Der Bürgermeister antwortet, es gebe noch nichts Neues. Er befinde sich noch in Abstimmung mit dem Rhein-Neckar-Kreis.

10.6: **Vereinsgründung „Villa Menzer“**

Stadtrat Bergsträsser berichtet, am heutigen Abend habe sich ein Verein zur Unterstützung der Villa Menzer als Kulturhaus gegründet. 1. Vorsitzender sei Herr Claus Petschmann, 1. Stellv. Vorsitzende Frau Finger-Bergsträsser, 2. Stellv. Vorsitzende Frau Özbayram.

10.7: **Reparatur Toilette „Villa Kiwi“**

Stadtrat Berroth ist von Herrn Knickenberg angesprochen worden; in der Villa Kiwi funktioniere die Toilette nicht richtig, da eine Rückschlagkappe fehle.

Herr Dr. Scheffczyk antwortet, der Bauhof habe die Situation vor Ort angeschaut, die Sanitärfirma Bauer habe eine Befahrung gemacht. Er will den Sachstand noch einmal prüfen.

10.8: **Schwimmbadsaison 2018**

Stadtrat Wachert spricht allen Beteiligten ein großes Lob für die Schwimmbadsaison 2018 aus.

10.9: **Schnelles Internet Dilsberger Straße noch nicht realisiert**

Stadtrat Wachert kritisiert, dass im Gewerbegebiet Dilsberger Straße dringend schnelles Internet gebraucht werde, die Telekom aber nicht vorwärts komme. Die Firmen Roth und ECM arbeiten unter sehr schlechten Bedingungen. Er regt an, die Stadt solle eine Klage gegen die Telekom führen.

Der Bürgermeister entgegnet, eine solche Klage mache keinen Sinn. Es sei viel erfolgversprechender, wenn die Kundschaft massiv auf die Barrikaden geht.

10.10 **Kindergarten Rumpelstilzchen - Raumsituation**

Stadtrat Wachert berichte, es habe bereits einen endverhandelten Vertrag bezüglich des neuen Gebäudes gegeben, nun sei die Eigentümerin verstorben. Die Erben seien noch unklar. So sei kein schnelles Ende der Problematik in Sicht. Er schlägt vor, das Gelände der Herrenweg-Container für den Neubau eines Kindergartens zu erwägen. Der Bürgermeister antwortet, die Stadt sei gegenwärtig mit Nachdruck dabei, Kindergartenplätze zu schaffen, und man habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, mit den Eigentümern noch eine Lösung zu finden.

10.11: **Vereinsgründung Menzer Villa – Nutzung des Gebäudes**

Stadtrat Schmitz verliest einen Antrag im Zusammenhang mit der Gründung des Vereins zur Unterstützung der Menzer Villa als Kulturhaus, den er zu Protokoll gibt (siehe Anlage). Er empfinde die Menzer Villa als wichtig für die Stadtentwicklung, sehe die Vereinsaktivitäten allerdings mit Skepsis. Die Stadt könne sich kein weiteres Kulturhaus leisten.

Der Bürgermeister verwahrt sich gegen den Vorwurf der Untätigkeit. Momentan sei die Verwaltung damit beschäftigt, Angebote für einen Außenfahrstuhl an der Menzer Villa einzuholen, womit alle 4 Stockwerke erschlossen werden könnten. Die Stadt

selbst solle kein Umbauprojekt selbst realisieren, sondern es zur Genehmigungsreife bringen, so dass potenzielle Investoren sich leichter tun, die Villa zu übernehmen. Zurzeit ist das Gebäude, als Privathaus konzipiert, auch nur als Privathaus nutzbar. Er schlägt vor, das Thema demnächst auf die Tagesordnung zu setzen und nicht kurz vor Sitzungsende zu diskutieren.

Stadtrat Ch. Rupp äußert sich ebenfalls kritisch: seit Monaten sei ein Exposé vorhanden, und der Gemeinderat habe bestimmt, dass das Exposé an alle Neckargemünder Makler gehen solle, dennoch sei nichts passiert.

Herr Dr. Scheffczyk skizziert kurz, was bisher in Sachen Menzer Villa unternommen wurde. Ein Nusslocher Architekturbüro war beauftragt, ein Nutzungskonzept für die vier Kulturhäuser zu erarbeiten. Dann sei er an den weiteren Entwicklungen nicht beteiligt worden; Frau Orlandi sollte die Menzer Villa überplanen. Es sei letztlich ein politische Entscheidung, was mit dem Gebäude passiere.

Stadtrat Bergsträsser stellt Antrag auf Schluss der Debatte, was nach kurzer Diskussion angenommen wird.

Stadtrat Katzenstein erläutert, der Antrag von Stadtrat Schmitz sei nicht mit allen Fraktionsmitgliedern abgestimmt, er solle auf einer der nächsten Gemeinderatssitzungen diskutiert werden.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Betke-Hermann

Die Schriftführerin

Stadtrat Rehberger